

Ältere sollen sich weiterbilden - wenn sie denn wollen

Der Bundesrat hält daran fest, über 50-Jährige mit Weiterbildungen zu fördern. Davon sollen vor allem jene mit geringem Bildungsniveau profitieren.

Salome Müller
Bern

All die Ankündigungen und Mitteilungen, die der Bundesrat schon zur Fachkräfteinitiative verschickt hat - sie sind jetzt um eine reicher. Seit drei Jahren spricht er davon, dass er das Inländerpotenzial auf dem Arbeitsmarkt besser ausschöpfen will. Getan hat sich nicht viel mehr, als dass der Massnahmenkatalog erweitert wurde.

Gestern hat der Bundesrat das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) nun damit beauftragt, bis Ende April 2017 Konzepte auszuarbeiten, wie eine dieser Massnahmen finanziell umzusetzen wäre. Es geht um Weiterbildungsangebote für ältere Arbeitnehmer, die ihnen bei einer allfälligen Stellensuche zugutekommen sollen. Im Vergleich zu jüngeren gelingt es über 50-jährigen Arbeitslosen viel seltener, eine neue Festanstellung zu finden - sie sind schwerer zu vermitteln.

Bildungshintergrund relevant

Dem Auftrag liegt eine Studie zugrunde, die das WBF erstellt hat. Sie besagt, dass Arbeitnehmende ab 50 Jahren insgesamt weniger Weiterbildungen in Anspruch nehmen. Grund dafür ist bei einer grossen Mehrheit der 45- bis 64-Jährigen das Gefühl, eine solche weder beruflich noch persönlich zu benötigen. Kurz: Ihnen fehlt die Motivation. Je schlechter zudem eine Person heute ausgebildet ist, desto weniger ist sie für eine Weiterbildung empfänglich. Das Hauptkriterium dafür, ob ein Arbeitnehmer eine Weiterbildung absolviert oder nicht, ist gemäss Studie nicht das Alter, sondern dessen Bildungshintergrund.

Für den Soziologen François Höpflinger, der sich in seiner Forschung mit älteren Arbeitnehmern befasst, ist dies kein überraschender Befund. Er deckt sich mit Statistiken, die Höpflinger vor-



Älteren Arbeitnehmern fällt es schwer, eine neue Stelle zu finden. Foto: Keystone

liegen: Nur 10 Prozent der 55- bis 64-Jährigen, die eine tiefe Bildung aufweisen, haben 2014 an einem beruflichen Weiterbildungskurs teilgenommen. Gutgebildete der gleichen Altersklasse weisen hingegen eine Quote von 45 Prozent auf. «Wer daran gewöhnt ist, sich zu bilden, nutzt solche Angebote viel eher», sagt Soziologe Höpflinger. Leuten aus bildungsfernen Schichten falle es schwerer, sich auf das neue Lernen überhaupt erst einzulassen.

Genau diese Personen erklärt die WBF-Studie zur Zielgruppe, die von staatlich unterstützten Weiterbildungsangeboten profitieren soll. Denkbare wären beispielsweise Bildungsgutscheine, die Erwerbstätige via ihre Arbeitgeber beziehen könnten. Mit dem Gutschein würde ein definierter Anteil der Kurskosten finanziert. Sobald der Gutschein eingelöst ist, bekäme der Anbieter einen solchen Weiterbildung den Betrag vom

Bund zurückerstattet. Sowohl diese wie auch die anderen elf möglichen Strategien, welche die Studie aufführt, hätten Vor- und Nachteile, die es zu evaluieren gelte. Dies wird das WBF bis nächsten Frühling tun.

«Das Gegenteil ist der Fall»

Für Höpflinger jedenfalls ist klar, dass solche Ansätze fruchten könnten. Komme ein spielerischer Aspekt hinzu, erhöhe dies die Lernmotivation der Arbeitnehmer, ist er sich sicher. Anders schätzt George Sheldon, Professor für Arbeitsmarktökonomie, Weiterbildungen für weniger Qualifizierte ein: «So naheliegend es scheint, dass Weiterbildung dort angebracht ist: Wo Bildung fehlt, ist eher das Gegenteil der Fall.» Weiterbildung sei dort nützlich, wo Berufsqualifikationen schnell veralten - also bei höheren Bildungsabschlüssen, wo das Wissen schneller voranschreite.

Anzeige gegen Stoffel wegen Steuerbetrugs



Remo Stoffel.

Das Steueramt des Kantons Zürich hat vor wenigen Tagen eine Anzeige wegen Steuerbetrugs gegen Remo Stoffel eingereicht. Stoffel ist Bündner Immobilieninvestor und Besitzer der Therme Vals. «Die

Anzeige ist bei der Oberstaatsanwaltschaft eingegangen, das Verfahren wegen Steuerbetrugs wird durch die Staatsanwaltschaft III geführt», sagte Medienbeauftragte Corinne Bouvard der «Handelszeitung». Die Zürcher Staatsanwaltschaft III ist auf komplexe Wirtschaftsdelikte spezialisiert und hat grosse Fälle wie das Swissair-Grounding oder die Erb-Pleite bearbeitet.

Es geht um Millionen

Der Anzeige gingen umfangreiche und langwierige Strafuntersuchungen voraus. Schliesslich verfasste die Eidgenössische Steuerverwaltung, gestützt auf 800 Bundesordner mit Ermittlungsakten, einen Untersuchungsbericht. Stoffel hatte 2005 mit Partnern die Immofirma Avireal aus der Swissair-Konkursmasse herausgelöst und daraus den Priora-Konzern geschaffen - für exakt diesen Kauf interessierten sich die Steuerfahnder. Aus einem Bundesgerichtsentscheid von 2010 geht hervor, dass sie mit «allfälligen Nachsteuerforderungen» in der Höhe von 151,35 Millionen rechneten.

Weder das kantonale Steueramt noch die Eidgenössische Steuerverwaltung wolle sich mit Verweis auf das Steuergeheimnis zum Fall äussern. Stoffel liess über seinen PR-Berater Peter Hartmeier ausrichten: «Wir haben keine Kenntnisse von einer Strafanzeige und können deshalb nicht Stellung nehmen.» Es gilt die Unschuldsumsetzung. (TA)

Nachrichten

Asyl Bundeszentrum für renitente Asylbewerber

Das grösste und mittlerweile siebte Bundesasylzentrum nimmt am Montag in Muttenz den Betrieb auf. In dessen Hallen können bis zu 500 Asylbewerber während der Phase der Registrierung und Befragung untergebracht werden. Nun steht der Standort eines der beiden Bundeszentren für renitente Asylsuchende fest: Der Bund hat eine Liegenschaft in der Neuenburger Gemeinde Les Verrières gekauft. Darin sollen bis zu 60 Asylsuchende für maximal 140 Tage untergebracht werden. (SDA)

SRG Marchand soll Nachfolger von de Weck werden

Gilles Marchand wird per 1. Oktober 2017 neuer Generaldirektor der SRG. Der Verwaltungsrat wählte den 54-jährigen Direktor von Radio Télévision Suisse einstimmig. Die SRG-Delegierten müssen die Wahl am 25. November genehmigen. Der Verwaltungsrat wählte Marchand im Einvernehmen mit dem designierten Präsidenten Jean-Michel Cina und Generaldirektor Roger de Weck, wie die SRG mitteilt. Diese Lösung soll für «Stabilität im Umbruch der Medien» sorgen. (SDA)

Europa Facebook gibt vorerst keine Daten an Whatsapp weiter

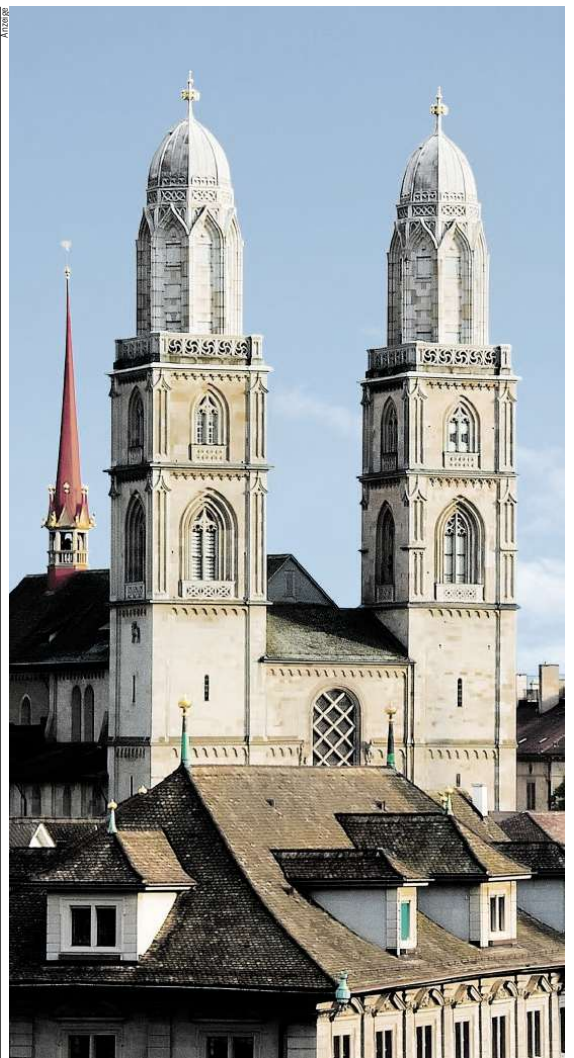
Facebook hat nach dem Einschreiten von Datenschützern die Weitergabe von Daten europäischer Whatsapp-Nutzer an den Mutterkonzern ausgesetzt. Der vorläufige Stopp solle Behördenvertretern die Möglichkeit geben, ihre Sorgen vorzubringen; Facebook die Zeit, diese abzuwägen, erklärte das Onlinenetzwerk. Whatsapp mit rund einer Milliarde Nutzern hatte Ende August angekündigt, künftig die Telefonnummer des Nutzers an Facebook weiterzugeben. (SDA)

Finanzsystem Bundesrat lehnt Vollgeldinitiative ab

Der Bundesrat lehnt die Vollgeldinitiative ohne Gegenvorschlag ab. Sie halte nicht, was sie verspreche, erklärte Finanzminister Ueli Maurer (SVP) vor den Medien. Die Promotoren der Initiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeldinitiative)» wollen damit Finanzblasen verhindern. Die Schweizerische Nationalbank soll das Monopol zur Ausgabe von Buchgeld erhalten. Laut Maurer führt die Initiative jedoch zu unvorhersehbaren Risiken für die Finanzbranche und die Wirtschaft. Die Sicherheit, welche die Initiative vorgaukle, gebe es nicht. Der Bundesrat teile aber das Anliegen der Initianten nach grösstmöglicher Sicherheit. So seien seit der Finanz- und Bankenkrise grosse Anstrengungen in die Richtung unternommen worden. (SDA)

Völkerrecht Kein Gegenvorschlag zur Selbstbestimmungsinitiative

Der Bundesrat sagt Nein zur Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» der SVP. Er will dem Parlament beantragen, diese ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Die SVP will erreichen, dass die Bundesverfassung gegenüber dem Völkerrecht Vorrang hat - unter Vorbehalt zwingender Bestimmungen wie dem Verbot der Sklaverei. Im Fall eines Widerspruchs soll sich der Bund für eine Anpassung der völkerrechtlichen Verpflichtungen einsetzen oder den Vertrag kündigen. Der Bundesrat ist der Meinung, dass die Initiative «gewichtige wirtschaftliche und ausserpolitische Auswirkungen hätte», wie das Justiz- und Polizeidepartement in einer Mitteilung schreibt. Die Initiative gefährde die Rechtssicherheit in den internationalen Handelsbeziehungen sowie in den Beziehungen zu anderen Staaten. (SDA)



Die Zürcher
Privatbanquiers
Rahn+Bodmer Co.
pflegen
ihr Handwerk.
Seit 1750.

Rahn+Bodmer
BANQUIERS SEIT 1750

Rahn+Bodmer Co.
Talstrasse 15
8022 Zürich
Telefon +41 44 639 11 11
www.rahnbodmer.ch